

Kritische Stimmen zum Hochleistungskorridor

Sperrung der Bahnstrecke ist Belastung für Unternehmen und Tourismus

Rheingau. (av) – Dass 2026 die rechte Rheinseite und im Jahr 2028 die linke Rheinseite für jeweils sechs Monate vollständig zugunsten des Ausbaus zum Hochleistungskorridor gesperrt werden, wird nicht nur positiv bewertet, sondern auch kritisch betrachtet. Das Mammutprojekt der Deutschen Bahn (DB) sieht unter anderem auch die Installation von besetzten Schwellen zur Erschütterungsaufnahme vor, allerdings nur dort, wo bereits alte Schwellen ausgetauscht werden. „Das können und werden wir so nicht hinnehmen“, so die Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn e.V. Die Begründung für diese massiven Eingriffe in die Infrastruktur lautet, das Rheintal zu einem Hochleistungskorridor auszubauen, um den Wertentransport zu optimieren und Züge pünktlicher verkehren zu lassen. Ein ambitioniertes Vorhaben, das jedoch bei genauer Betrachtung auf erhebliche Kritik stößt, so Willi Pusch, Vorsitzender der Bürgerinitiative. Besonders bedenklich sei, dass die Bürger während der Bauphasen erhebliche Einschränkungen in Kauf nehmen müssten. Vollständige Sperrungen über jeweils sechs Monate bedeuten nicht nur massive Beeinträchtigungen im täglichen Pendelverkehr (Schienenersatzverkehr mit Bussen wird angeboten), sondern auch

erhebliche Belastungen für lokale Unternehmen und den Tourismus.

Die Bahn habe versucht, die Landräte und Bürgermeister zu beruhigen, indem sie versicherte, dass alles „besser“ werde. Doch wie könne von Verbesserung die Rede sein, wenn gleichzeitig die Transportkapazitäten nahezu verdoppelt werden sollen? Diese Frage bleibt unbeantwortet und lasse die vorgestellten Pläne außerst fragwürdig erscheinen. Auch solle man bedenken, dass die Bahn anscheinend vorhat, die Interessen der Anwohner hinter die Forderungen des Güterverkehrs zu stellen. Der Lärm, die Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens und die Umweltauswirkungen scheinen bei diesem ehrgeizigen Projekt auf der Strecke zu bleiben.

Willi Pusch weiter: „Insbesondere weisen wir als Bürgerinitiative darauf hin, dass die Erkennung von Gefahren, verursacht durch unbekannte Naturprozesse auf der Erdoberfläche und den Rhein, eine gründliche Prüfung erfordert. Wir fordern eine umfassende Analyse der Bodenzusammensetzung, die relevante Informationen zu Bodenfestigkeit und der Gefahr von Hangrutschungen liefern kann. Ebenso wird eine genaue Untersuchung von Wasseradern und Kavernen gefordert, um Gebiete mit erhöhtem Risiko

von Hangrutschungen zu identifizieren.“ Die Bahn und die privaten Waggonhalter sollten sich nicht alleine auf traditionelle Techniken verlassen, sondern in modernes und leises Waggonmaterial sowie moderne Lokomotiven investieren. Einige Experten gehen sogar so weit, sofort in den Bau der neuen Alternativtrasse Zielnetz II für den Schienengüterverkehr zu investieren, um die Fundamente für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zu sichern.

Die Forderungen beinhalten die Beilegung des Engpasses in der Eisenbahntraverse 24 Rotherdam – Genova, die Entflechtung des Verkehrs von Personenzügen und Güterzügen, und die Erhöhung der Geschwindigkeit auf bis zu 160 km/h. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, Störungen und Wartezeiten zu minimieren sowie die Betriebskosten durch einen optimierten Betriebsablauf zu senken. Pusch: „Es bleibt abzuwarten, wie die betroffenen Bürger auf diese kritischen Anmerkungen reagieren werden. Unsere Forderungen nach einer gründlichen Prüfung und modernen Technologien stellen einen klaren Appell an die Verantwortlichen der Bahn und der Politik dar, um Lösungen zu finden, die sowohl die Infrastruktur als auch die Lebensqualität der Anwohner schützen.“